

1970	Ausgegeben zu Bonn am 25. Juni 1970	Nr. 31
------	-------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
18. 6. 70	Gesetz zu dem Vertrag vom 16. Mai 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Gabun über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	657
29. 5. 70	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten	696
3. 6. 70	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen	697
6. 6. 70	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über Internationale Ausstellungen und des Protokolls zur Änderung des Abkommens über Internationale Ausstellungen (Berichtigung)	698
8. 6. 70	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Freihand-Übereinkommens von 1966	698

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 16. Mai 1969
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Gabun
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 18. Juni 1970

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 16. Mai 1969 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Gabun über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem Protokoll und dem Briefwechsel vom gleichen Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 sowie das Protokoll und der Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 18. Juni 1970

Der Bundespräsident
Heinemann

Der Bundeskanzler
Brandt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Scheel

Der Bundesminister für Wirtschaft
Schiller

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Gabun
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Traité
entre la République Gabonaise et la République fédérale d'Allemagne
relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle
des investissements de capitaux

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DIE REPUBLIK GABUN

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen und

IN DER ERKENNTNIS, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften, insbesondere in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften über den gabunischen Investitionsfonds, zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Falle gerecht und billig behandeln.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig behandeln als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Staatsangehörige und Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandeln als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage entsprechen, tatsächlich verwertbar und frei transferierbar

LA RÉPUBLIQUE GABONAISE
et
LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

DÉSIREUSES d'approfondir la coopération économique entre les deux Etats,

SOUICIEUSES de créer des conditions favorables à l'investissement de capitaux par des ressortissants ou des sociétés de l'un des deux Etats sur le territoire de l'autre Etat et

RECONNAISSANT qu'un encouragement et une protection contractuelle de ces investissements sont susceptibles de stimuler l'initiative économique privée et d'augmenter la prospérité des deux nations —

SONT CONVENUES DE CE QUI SUIT:

Article 1^{er}

Chaque Partie Contractante encouragera dans la mesure du possible l'investissement de capitaux sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante et admettra ces investissements en conformité de sa législation, notamment des lois et règlements se rapportant au Fonds Gabonais d'Investissement. Elle traitera les investissements, dans chaque cas, de façon juste et équitable.

Article 2

(1) Aucune Partie Contractante ne soumettra, sur son territoire, les investissements dont des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante sont propriétaires ou qui sont soumis à leur influence, à un traitement moins favorable que celui accordé aux investissements de ses propres ressortissants et sociétés ou aux investissements des ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

(2) Aucune Partie Contractante ne soumettra, sur son territoire, les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante, en ce qui concerne l'activité qu'ils exercent en connexion avec des investissements, à un traitement moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants et sociétés ou à des ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

Article 3

(1) Les investissements de ressortissants ou de sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

(2) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante ne pourront être expropriés de leurs investissements sur le territoire de l'autre Partie Contractante que pour des raisons d'utilité publique et contre indemnisation. L'indemnité devra correspondre à la valeur de l'investissement exproprié, être effectivement réalisable, librement

sein sowie unverzüglich geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheit genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 4

Jede Vertragspartei gewährleistet in bezug auf Kapitalanlagen den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer des Kapitals, der Erträge und, im Fall der Liquidation, des Liquidationserlöses.

Artikel 5

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 11, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei sowie deren Eintritt in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger ausüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 3 Absätze 2 und 3 und Artikel 4 sinngemäß.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 3 Absatz 2 oder 3, nach Artikel 4 oder Artikel 5 unverzüglich und zu dem für laufende Geschäfte am Tage des Transfers gültigen Kurs.

(2) Der für laufende Geschäfte gültige Kurs beruht auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.

(3) Besteht in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne von Absatz 2, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Ist auch

transferierbar und être versée sans délai. Au moment de l'expropriation, au plus tard, il sera pourvu de façon adéquate à la fixation et au versement de l'indemnité. La légalité de l'expropriation et le montant de l'indemnité devront pouvoir être vérifiés par une procédure judiciaire ordinaire.

(3) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante, dont les investissements auraient subi des pertes par l'effet d'une guerre ou d'un autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence nationale ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Partie Contractante, bénéficieront de la part de cette dernière, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres dédommagements, d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants ou sociétés. De tels versements seront librement transférables.

(4) En ce qui concerne les matières réglées par le présent article, les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 4

Chaque Partie Contractante garantit aux ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante le libre transfert du capital investi et du produit de ce capital et, en cas de liquidation, du produit de la liquidation.

Article 5

Si une Partie Contractante, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie Contractante, effectue des versements à ses propres ressortissants ou sociétés, l'autre Partie Contractante, sans préjudice des droits de la première Partie Contractante découlant de l'article 11, reconnaît la transmission par l'effet de la loi ou d'un contrat, de tous les droits et revendications de ces ressortissants ou sociétés à la première Partie Contractante ainsi que la subrogation en sa faveur de tous ces droits et revendications (droits transmis) que la première Partie Contractante sera autorisée à exercer dans la même mesure que son prédécesseur. En ce qui concerne le transfert des versements à effectuer à la Partie Contractante en question en vertu de la transmission des droits, les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 3 ainsi que de l'article 4 sont applicables mutatis mutandis.

Article 6

(1) Pour autant que les intéressés n'aient pas conclu d'arrangement contraire approuvé par les autorités compétentes de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'investissement, les transferts au titre des paragraphes 2 ou 3 de l'article 3 ainsi que de l'article 4 ou de l'article 5 seront effectués sans délai et au cours de change valable à la date du transfert pour les opérations courantes.

(2) Le cours applicable aux opérations courantes est basé sur le pair (par value) convenu avec le Fonds Monétaire International et ne doit pas dépasser la marge d'oscillation, admise aux termes de l'article IV section 3 de l'Accord relatif au Fonds Monétaire International, de part et d'autre de la parité (parity).

(3) Si, pour l'une des Parties Contractantes, il n'existe pas, à la date du transfert, de cours de change au sens du paragraphe 2, sera applicable le cours officiel fixé par cette Partie Contractante pour sa monnaie nationale par rapport au dollar U.S., à une autre monnaie librement convertible ou à l'or. Si un tel cours n'est pas fixé non

ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kapital angelegt ist, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewährt ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit, als sie günstiger ist, vor.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlagen“ umfaßt alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Pfandrechte oder dergleichen;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
- c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und good will;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen, einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzession.

Eine Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

(2) Der Ausdruck „Erträge“ bezeichnet diejenigen Beiträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteil oder Zinsen entfallen.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bezeichnet

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- b) in bezug auf die Republik Gabun:

Gabuner im Sinne des gabunischen Staatsangehörigkeitsgesetzes.

(4) Der Ausdruck „Gesellschaften“ bezeichnet

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.
- b) in bezug auf die Republik Gabun:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Gabun hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer

plus, les autorités compétentes de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'investissement admettront un cours de change juste et équitable.

Article 7

(1) S'il résulte de la législation de l'une des Parties Contractantes ou d'obligations internationales, existant actuellement ou qui seront fondées à l'avenir entre les Parties Contractantes en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière qui accorde aux investissements des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, cette réglementation primera le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.

(2) Chaque Partie Contractante respectera toute autre obligation qu'elle aura assumée relativement à des investissements de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie Contractante sur son territoire.

Article 8

(1) Le terme „investissements“ comprend toutes les catégories de biens, notamment, mais non exclusivement

- a) la propriété de biens meubles et immeubles ainsi que tous autres droits réels tels qu'hypothèques, droits de gage etc.;
- b) les droits de participation à des sociétés et autres sortes de participations;
- c) les créances pécuniaires ou celles relatives à des prestations présentant une valeur économique;
- d) les droits d'auteur, droits de propriété industrielle, procédés techniques, noms commerciaux et good will;
- e) les concessions de droit public, y compris les concessions de recherche et d'exploitation.

Les modifications de la forme sous laquelle des biens sont investis n'affecteront pas leur qualité d'investissement.

(2) On entend par „produits“ les montants versés à titre de bénéfice ou d'intérêt sur des investissements pour une période déterminée.

(3) On entend par „ressortissant“

- a) en ce qui concerne la République Gabonaise:
les Gabonais selon la définition qui en est donnée par le Code de Nationalité Gabonais;
- b) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:
les Allemands au sens de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne.

(4) On entend par „sociétés“

- a) en ce qui concerne la République Gabonaise:
toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire de la République Gabonaise et constituée légalement en conformité de la législation, indépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non.
- b) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:

toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et constituée légalement en conformité de la législation, in-

Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 9

Diesem Vertrag unterliegen auch Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages vorgenommen haben. Das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden bleibt unberührt.

Artikel 10

Jede Vertragspartei gewährt die Inländerbehandlung im Rahmen dieses Vertrages auf Grund der Tatsache, daß die Inländerbehandlung in den gleichen Angelegenheiten auch von der anderen Vertragspartei eingeräumt wird.

Artikel 11

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitgliedes sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 12

Die Bestimmungen dieses Vertrages bleiben auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art werden spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufgehoben, unabhängig davon, ob die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind.

dépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non.

Article 9

Sont également soumis aux dispositions du présent Traité les investissements que des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties Contractantes ont, en conformité de la législation de l'autre Partie Contractante, effectué sur le territoire de cette dernière dès avant l'entrée en vigueur du présent Traité. Cette disposition ne porte pas atteinte à l'Accord du 27 février 1953 relatif aux Dettes extérieures de l'Allemagne.

Article 10

Dans le cadre du présent Traité, chaque Partie Contractante accordera le traitement national, en vertu du fait que ce traitement est également accordé dans les mêmes matières par l'autre Partie Contractante.

Article 11

(1) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité doivent, si possible, être réglés par les Gouvernements des deux Parties Contractantes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il sera soumis à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'une des deux Parties Contractantes.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc; chaque Partie Contractante nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un Etat tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties Contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties Contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie Contractante pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison, il incomberait au Vice-Président de procéder aux nominations. Si le Vice-Président était, lui aussi, ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes ou s'il était également empêché, c'est au Membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des Parties Contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

(5) Le tribunal d'arbitrage statue à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Partie Contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de l'arbitre qu'elle a nommé ainsi que les frais de sa défense dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du Président ainsi que les autres frais sont assumés à parts égales par les deux Parties Contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut fixer un autre règlement concernant les dépens. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage règle lui-même sa procédure.

Article 12

Les dispositions du présent Traité resteront en vigueur même en cas de conflits qui naîtraient entre les Parties Contractantes, sans préjudice du droit de prendre des mesures provisoires admissibles en vertu des règles générales du droit international. Les mesures de ce genre seront abrogées au plus tard au moment de la cessation effective du conflit, que les relations diplomatiques aient été rétablies ou non.

Artikel 13

Dieser Vertrag gilt — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 7, soweit sie sich auf die Luftfahrt beziehen — auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Gabun innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in LIBREVILLE ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt fünfzehn Jahre lang in Kraft und verlängert sich auf unbegrenzte Zeit, sofern er nicht schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von fünfzehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Vertrages vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 für mindestens fünfzehn Jahre vom Zeitpunkt der Zulassung der Kapitalanlage an, mindestens jedoch für zwölf Jahre nach Beendigung dieses Vertrages.

GESCHEHEN zu Bonn am sechzehnten Mai neunzehnhundertneunundsechzig in vier Urschriften, zwei in deutscher, zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Günther Harkort

Für die Republik Gabun
Ondo, Bonjean

Article 13

A l'exception des dispositions du paragraphe 7 du Protocole, dans la mesure où elles concernent la navigation aérienne, le présent Traité s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Gabonaise dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur dudit Traité.

Article 14

(1) Le présent Traité sera ratifié; l'échange des instruments de ratification aura lieu aussitôt que possible à LIBREVILLE.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant quinze ans et sera prolongé pour une durée indéterminée à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des deux Parties Contractantes un an avant son expiration. A l'expiration de la période de quinze ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, mais il restera encore en vigueur pendant un an après sa dénonciation.

(3) Pour les investissements effectués avant la date d'expiration du Traité, la durée d'application des articles 1 à 13 ne pourra être inférieure à quinze ans à partir de la date d'agrément de l'investissement et ne pourra se terminer avant la fin de la douzième année suivant l'expiration du Traité.

FAIT à Bonn, le seize mai mil neuf cent soixante-neuf en quatre exemplaires, dont deux en langue française et deux en langue allemande, chacun des textes faisant également foi.

Pour la République Gabonaise
Ondo, Bonjean

Pour la République fédérale d'Allemagne
Günther Harkort

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Gabun haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrages betrachtet werden sollen:

(1) Zu Artikel 1

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrages. Soweit ein Zulassungsverfahren für die Kapitalanlage erforderlich ist, genießt die Kapitalanlage diesen Schutz vom Zeitpunkt der Zulassung an.

(2) Zu Artikel 2

a) Als Betätigung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere anzusehen: Die Einschränkung des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2.

b) Den Bestimmungen des Vertrages stehen Vereinbarungen nicht entgegen, die die gabunische Regierung bei der Zulassung einer Kapitalanlage deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften mit diesen über besondere Bedingungen trifft, die die Beteiligung des gabunischen Staates am Kapital, die Zusammensetzung des Kapitals, seine Veräußerung oder Teilveräußerung, den Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die Reinvestierung seiner Erträge, die Berufsausbildung und die Beschäftigung gabunischer Staatsangehöriger betreffen können.

Sind Bedingungen dieser Art vereinbart, so werden die Bestimmungen des Artikels 2 insoweit nicht angewendet. Derartige Bedingungen sind nur wirksam, wenn in der Zulassungsurkunde, oder, falls eine solche nicht erforderlich ist, vor Einbringung der Kapitalanlage in einer besonderen schriftlichen Vereinbarung mit den Staatsangehörigen oder den Gesellschaften der anderen Vertragspartei die abweichenden Maßnahmen genau bezeichnet und im einzelnen festgelegt worden sind.

c) Artikel 2 Absatz 2 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung.

(3) Zu Artikel 3

Die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 2 gelten auch für die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Unter Enteignung ist die Entziehung oder Beschränkung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

Protocole

Lois de la signature du Traité relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, conclu entre la République Gabonaise et la République fédérale d'Allemagne, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus, en outre, des arrangements suivants qui seront considérés comme formant partie intégrante du Traité:

(1) Ad article 1^{er}

Les investissements effectués en conformité de la législation de l'une des Parties Contractantes dans le champs d'application de son droit par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante, jouissent de l'entière protection du présent Traité. Dans la mesure où une procédure d'agrément est nécessaire à un investissement, celui-ci jouit de cette protection à compter de la date d'agrément.

(2) Ad article 2

a) Seront considérés comme activité au sens du paragraphe 2 de l'article 2 notamment, mais pas exclusivement, l'administration, l'utilisation, l'usage et la jouissance d'un investissement. Seront considérées notamment comme « traitement moins favorable » au sens du paragraphe 2 de l'article 2: toute restriction à l'achat de matières premières et de matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tout genre, toute entrave à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger ainsi que toutes autres mesures ayant un effet analogue. Les mesures prises pour des raisons de sécurité, d'ordre et de santé publiques ou de moralité ne sont pas considérées comme « traitement moins favorable » au sens de l'article 2.

b) Les dispositions du Traité ne feront pas obstacle à ce que, lors de l'admission d'un investissement effectué par des ressortissants allemands ou des sociétés allemandes, le Gouvernement gabonais convienne avec ceux-ci de conditions spéciales pouvant porter sur la participation de l'Etat gabonais au capital, la structure de ce capital, sa session totale ou partielle, le champ d'activité de l'entreprise créée, le réinvestissement de ses produits, la formation professionnelle et l'emploi des ressortissants. Si des conditions de ce genre sont convenues, les dispositions de l'article 2 ne seront pas appliquées pour autant. De telles conditions ne seront valables que si des mesures dérogoires ont été précisées et fixées en détail dans l'acte d'admission ou, si un tel acte n'est pas nécessaire, avant l'apport des investissements dans un arrangement écrit spécial avec les ressortissants ou les sociétés de l'autre Partie Contractante.

c) Le paragraphe 2 de l'article 2 ne s'applique pas à l'entrée, au séjour et à l'emploi en qualité de salarié.

(3) Ad article 3

Les dispositions du paragraphe 2 de l'article 3 sont également applicables au passage d'un investissement de capital en propriété publique, à sa mise sous contrôle public ou aux interventions analogues des autorités publiques. On entend par « expropriation » le retrait ou la limitation de tout droit de propriété qui, seul ou conjointement avec d'autres droits, constitue un investissement de capital.

- (4) Zu Artikel 4
Als „Liquidation“ im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.
- (5) Zu Artikel 6
Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Ersuchens und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.
- (6) Zu Artikel 8
a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Falle ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.
- (7) Die Vertragsparteien garantieren die freie Wahl der Transportmittel für den Fracht- und Personenverkehr in Zusammenhang mit der Durchführung von Kapitalanlagen unter Berücksichtigung der bestehenden und zukünftigen Vereinbarungen.
- (4) Ad article 4
Est également considérée comme liquidation au sens de l'article 4 toute aliénation effectuée en vue d'un renoncement total ou partiel à l'investissement.
- (5) Ad article 6
Est considéré comme effectué sans délai au sens du paragraphe 1 de l'article 6, tout transfert qui a lieu dans le délai normalement nécessaire à l'observation des formalités de transfert. Le délai commencera à courir à la date de l'introduction d'une requête y relative et ne devra en aucun cas dépasser deux mois.
- (6) Ad article 8
a) Les produits de l'investissement et, en cas de réinvestissements, les produits de leur réinvestissement jouissent de la même protection que l'investissement.
b) Sans préjudice d'autres procédés de détermination de la nationalité, est considérée notamment comme ressortissant d'une Partie Contractante toute personne qui possède un passeport national délivré par les autorités compétentes de la Partie Contractante en question.
- (7) Les Parties contractantes garantiront le libre choix des moyens pour le transport des biens et des personnes effectué à l'occasion de l'exécution d'investissements de capitaux, compte tenu des accords existants et futurs.

GESCHIEHEN zu Bonn am sechzehnten Mai neunzehnhundertneunundsechzig in vier Urschriften, zwei in deutscher, zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FAIT à Bonn, le seize mai mil neuf cent soixante-neuf en quatre exemplaires, dont deux en langue française et deux en langue allemande, chacun des textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Günther Harkort

Pour la République Gabonaise
Ondo, Bonjean

Für die Republik Gabun
Ondo, Bonjean

Pour la République fédérale d'Allemagne
Günther Harkort

Briefwechsel

Der Vorsitzende
der gabunischen Delegation

Bonn, den 16. Mai 1969

Herr Vorsitzender,

Ich habe die Ehre, Ihnen unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Republik Gabun und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen folgendes mitzuteilen:

In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern, wird die Republik Gabun deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Republik Gabun einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Ondo, Bonjean

An den
Vorsitzenden der deutschen Delegation
Herrn Dr. Gunther Motz
Bonn

Der Vorsitzende
der deutschen Delegation

Bonn, den 16. Mai 1969

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern, wird die Republik Gabun deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Republik Gabun einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.“

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Motz

An den
Vorsitzenden der gabunischen Delegation

Le Président
de la Délégation gabonaise

Bonn, le 16 Mai 1969

Monsieur le Président,

Me référant au Traité signé ce jour entre la République Gabonaise et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, j'ai l'honneur de vous faire savoir ce qui suit:

Entendant faciliter les opérations et encourager le développement des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands, la République Gabonaise accordera aux ressortissants allemands qui, en connexion avec des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands en République Gabonaise, désiraient entrer, séjourner et exercer une activité de salarié dans la République Gabonaise, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons d'ordre, de sécurité et de santé publiques ou de moralité ne s'y opposent.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'expression de ma plus haute considération.

Ondo, Bonjean

Monsieur
le Docteur Gunther Motz
Président de la Délégation allemande
Bonn

Le Président
de la Délégation allemande

Bonn, le 16 Mai 1969

Monsieur le Président,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre de ce jour, rédigée comme suit:

Entendant faciliter les opérations et encourager le développement des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands, la République Gabonaise accordera aux ressortissants allemands qui, en connexion avec des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands au Gabon désiraient entrer, séjourner et exercer une activité de salarié dans la République Gabonaise, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons d'ordre, de sécurité et de santé publiques ou de moralité ne s'y opposent.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'expression de ma haute considération.

Motz

Monsieur le Président
de la Délégation Gabonaise

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten**

Vom 29. Mai 1970

Das Europäische Übereinkommen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten vom 29. April 1957 (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 81) ist nach seinem Artikel 41 Abs. 3 für

Belgien am 20. April 1970
in Kraft getreten.

Die belgische Regierung hat in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Artikels 34 Abs. 1 des Übereinkommens bei der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde erklärt, daß sich die Ratifikation nicht auf Kapitel III über das Schiedsverfahren erstreckt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Oktober 1967 (Bundesgesetzbl. II S. 2371).

Bonn, den 29. Mai 1970

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Harkort

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens
über den Schutz der ausübenden Künstler,
der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen**

Vom 3. Juni 1970

Das Internationale Abkommen vom 26. Oktober 1961 über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 1243) findet auf Grund einer entsprechenden Erklärung der Regierung des Vereinigten Königreichs nach seinem Artikel 27 auf die

Bermuda-Inseln mit Wirkung vom 10. Juni 1970 mit folgenden Vorbehalten Anwendung:

1. nach Artikel 5 Abs. 3 dahingehend, daß das Merkmal der Festlegung nicht angewendet wird;
2. nach Artikel 6 Abs. 2;
3. nach Artikel 16 Abs. 1 Buchstabe a (ii) dahingehend, daß Artikel 12 nicht angewendet wird auf die Benutzung eines Tonträgers zur öffentlichen Wiedergabe
 - a) in einem Gebäude, in dem Menschen wohnen oder schlafen, im Rahmen der ausschließlich oder hauptsächlich den Bewohnern oder Insassen dieses Gebäudes zur Verfügung stehenden Einrichtungen, sofern nicht für den Zugang zu dem Teil des Gebäudes, in dem der Tonträger zu hören ist, eine besondere Gebühr erhoben wird;
 - b) im Rahmen der Tätigkeit oder zugunsten eines Klubs, einer Gesellschaft oder einer

sonstigen Organisation, die nicht für gewinnbringende Zwecke gegründet oder geführt wird und deren Hauptziele karitativer Art oder auf sonstige Weise mit der Förderung der Religion, der Erziehung oder der Sozialfürsorge verbunden sind, sofern nicht für den Zugang zu dem Ort, an dem der Tonträger zu hören ist, eine besondere Gebühr erhoben wird und die Einnahmen aus diesen Gebühren für andere Zwecke als die der Organisation verwendet werden;

4. Nach Artikel 16 Abs. 1 Buchstabe a (iii) und (iv) dahingehend, daß Artikel 12 nicht angewendet wird auf Tonträger, deren Hersteller keinem anderen vertragschließenden Staat angehört oder Angehöriger eines vertragschließenden Staates ist, der von dem Vorbehalt nach Artikel 16 Abs. 1 Buchstabe a (i) Gebrauch gemacht hat, sofern nicht der Tonträger erstmals in einem vertragschließenden Staat veröffentlicht worden ist, der von dem genannten Vorbehalt keinen Gebrauch gemacht hat.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. März 1970 (Bundesgesetzblatt II S. 182).

Bonn, den 3. Juni 1970

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über Internationale Ausstellungen und des Protokolls
zur Änderung des Abkommens über Internationale Ausstellungen
(Berichtigung)**

Vom 6. Juni 1970

Das Vereinigte Königreich hat das Abkommen vom 22. November 1928 über Internationale Ausstellungen (Reichsgesetzbl. 1930 II S. 727) am 16. Juni 1944 gekündigt und ist ihm in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 10. Mai 1948 (Bundesgesetzblatt 1956 II S. 2087) mit Wirkung vom 2. Oktober 1949 wieder beigetreten. Durch Erklärung vom 22. Oktober 1951 wurde die Anwendung des Abkommens nach seinem Artikel 36 mit Wirkung vom 22. November 1951 auf die Bahama-Inseln ausgedehnt.

Das Protokoll vom 10. Mai 1948 zur Änderung des Abkommens über Internationale Ausstellungen ist

für

Frankreich	am	20. Juni 1949
Griechenland	am	6. Mai 1953
Israel	am	30. Juni 1952
Kanada	am	8. Dezember 1957

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 26. April 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 252), vom 27. Januar 1958 (Bundesgesetzblatt II S. 76) und vom 25. Juli 1969 (Bundesgesetzblatt II S. 1466), die insofern zu berichtigen sind.

Bonn, den 6. Juni 1970

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Freibord-Übereinkommens von 1966**

Vom 8. Juni 1970

Das Internationale Freibord-Übereinkommen vom 5. April 1966 (Bundesgesetzbl. 1969 II S. 249) ist nach seinem Artikel 28 Abs. 3 für folgende Staaten in Kraft getreten oder tritt in Kraft:

Mexiko	am	25. Juni 1970
Monaco	am	25. Juni 1970
Neuseeland	am	5. Mai 1970

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. Februar 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 116).

Bonn, den 8. Juni 1970

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger-Verlagsges. mbH, 5 Köln 1, Postfach.
Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. In Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über die Sammlung des Bundesrechts vom 19. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Bezugsbedingungen für Teil III durch den Verlag. Bezugsbedingungen für Teil I und II: Laufender Bezug nur durch die Post. Neubestellung mittels Zeitungskontokarte an einem Postschalter. Bezugspreis halbjährlich für Teil I und Teil II je 20,— DM. Einzelstücke je angelegene 16 Seiten 0,50 DM gegen Vorauszahlung des erforderlichen Betrages auf Postcheckkonto „Bundesgesetzblatt“, Köln 300 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorauszahlung. Preis dieser Ausgabe 0,50 DM zuzüglich Versandgebühr 0,15 DM, bei Lieferung gegen Vorauszahlung zuzüglich Postkosten für die Vorauszahlung. **Bestellungen bereits erschienener Ausgaben sind zu richten an: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach.**